

# Auf, auf zum ersten Gefecht!

Kommentar von  
Wilhelm Schmülling

menschen schlagen doch tatsächlich vor, wir sollten nur Brunnen bauen und Ackerbau betreiben. Was für Narren! Friedensverteidigung ohne Waffen? Ja, das muss möglich sein, denn wie weit haben uns bewaffnete „Landesverteidigungen“ gebracht? Kürzlich plakatierte MISEREOR „Mut ist, Waffen mit Worten zu bekämpfen.“ Sich darauf beschränken bedeutet allerdings, den Zustand des Elends zu festigen. Und hier muss angesetzt werden: Gerechtigkeit zur Grundlage der Politik machen! Trachten wir zuerst nach der Gerechtigkeit und alles andere wird uns zufallen. Statt militärischer Verteidigung unhaltbarer Zustände in der Welt – auch bei uns – muss die soziale Frage gelöst werden. Ihre Ursache muss erkannt und beseitigt werden. In einer auf Profit ausgerichteten Wirtschaftsordnung ist das unmöglich. Eine auf Arbeitsertrag fixierte Wirtschaftsordnung muss eingerichtet werden.

Es gibt Hoffnung. Wir sind dabei, unsere Einheit mit all unseren Mitmenschen zu erkennen, so dass es bald unmöglich sein wird, einander auszubeuten, zu berauben oder gar zu töten. Solange uns das nicht gelingt, können wir nicht behaupten, in einer zivilisierten Welt zu leben.

**Auf, auf zum letzten Gefecht zur Beseitigung systembedingter Ungerechtigkeiten – ohne Waffen!**



**Wer uns für Narren hält, dem sagen wir:**

**„Dreh Dich um und sieh die Welt,  
Deine Welt der Realität.  
Die Welt des Hungers und der Not,  
die Welt der Kriege.  
Dann nenn uns weiter Narren,  
die der Gerechtigkeit harren.“**

Wilhelm Schmülling

*Wer den Frieden will, darf nicht rüsten, denn der Rüstung folgt der Krieg. Da Deutschland keine Feinde hat, bräuchete es auch keine Rüstung.*

Wenn nur nicht die Rüstungslobby mit dem Argument „Arbeitsplätze“ hausieren ginge, natürlich nicht bei Ihnen, Sie wollen sich doch keinen Panzer in den Vorgarten stellen, sondern bei denen, die das Geld dafür haben: bei den Regierenden. Genau genommen, haben auch die Regierungen dafür kein Geld, das holen sie sich bei Ihnen. Nicht mit einem bewaffneten Stoßtrupp, sondern unbewaffnet mit Wahlunterlagen, damit Sie ja die friedliebenden Rüstungsbefürworter wählen. Sehr freundlich reden sie über „Friedenssicherung“, leben wir doch in einem demokratischen Land, das verteidigt werden müsse.

In Mali, Somalia oder Afghanistan und vielen Ländern dieser Welt ist das anders. Da herrschen Diktatur und Not. Die Terroristen nützen das schamlos aus, holen die jungen Männern aus den Hütten, versprechen ihnen Brot und Spiele, greifen erst ihre Landsleute, dann auch uns an. Also müs-

sen wir uns bewaffnet verteidigen, auch am Hindukusch. So hieß doch der Schlachtruf zum ersten Gefecht in Afghanistan. Jetzt schließt Ursula von der Leyen Kampfeinsätze in Mali nicht mehr aus.

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen plädierte für ein stärkeres, internationales Engagement in Afrika. Die Truppenstärke in Mali soll von 180 auf 250 Soldaten erhöht werden. Dort leben 15 Millionen Menschen, die Hälfte davon – so Frau von der Leyen – sind unter 15 Jahre alt. Können wir sie bis zum Erwachsenenalter mit verstärkter Entwicklungshilfe versorgen? Wohl kaum. Also wird Deutschland zunächst auch Waffen liefern. Da aber Malis und andere Afrikaner damit nicht umgehen können, müssen deutsche Soldaten vor Ort sein, um den Umgang mit der Waffe zu lehren, auch um zu töten. Wenn Terroristen dabei stören, wird zurückgeschossen. Einige Gut-